

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

FEBRUAR 2016

KRÄFTE MOBILISIEREN FÜR DEN ENDSPURT

Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender



Keine Ebene ist wichtiger für den sozialen Zusammenhalt als die kommunale. In Städten, Gemeinden und Kreisen werden die Entscheidungen getroffen, die wie wenig andere unmittelbar die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Politik fängt vor der eigenen Haustür an.

Die SPD ist in vielen hessischen Kommunen die gestaltende Kraft, und wir wollen, dass sie es nach dem 6. März in noch viel mehr Orten ist. Deshalb müssen wir jetzt alle Kräfte für den Endspurt im Wahlkampf mobilisieren. Dabei wird es auch darum gehen, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung hilft vor allem den Populisten und Radikalen von rechts, die überhaupt keine Antworten zu lokalen Fragen haben, sondern nur hoffen, auf einer Welle von Stimmungsmache in die Kommunalparlamente der Kreise und kreisfreien Städte getragen zu werden. In 97 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden tritt die AfD gar nicht an – das zeigt, dass sie keine kommunale Basis hat.

Die SPD setzt mit den Themen gebührenfreie Kitas, bezahlbarer Wohnraum und Bildungsgerechtigkeit die richtigen Schwerpunkte, um den Zusammenhalt zu gestalten. Mit ihrer massiven Sparpolitik zulasten der Kommunen hat Schwarz-Grün genau das Gegenteil getan und den Kommunen das Leben zusätzlich schwer gemacht.

Die Koalition von CDU und Grünen hat anscheinend nicht verstanden, wie wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ein gutes Wohnumfeld ist. Sie hat nicht verstanden, dass Städte und Gemeinden richtig lebenswert erst durch gute kulturelle und sportliche Angebote vor Ort werden, Hilfen und Unterstützung für junge und ältere Menschen bieten müssen, gute und bezahlbare Kindergärten brauchen und öffentliche Gebäude und Straßen nicht verkommen dürfen.

Unsere zahlreichen, teilweise überraschenden Erfolge bei Direktwahlen haben in den vergangenen Monaten gezeigt, dass die SPD kommunal ganz besonders stark und aktiv ist. Daraus können wir viel Motivation für die verbleibenden Wahlkampfstage bis zum 6. März schöpfen.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

LIEBE GENOSSIN,
LIEBER GENOSSE,

AM 6. MÄRZ SIND
KOMMUNALWAHLEN
IN HESSEN. HIER
ZÄHLT JEDE STIMME!
DESHALB UNSERE
BITTE:
SPRICH MIT DEINEN
NACHBARN, FREUNDEN,
BEKANNTEN
UND DEINER FAMILIE
DARÜBER, DAMIT
AUCH SIE IHRE
STIMME NUTZEN.

DEINE NANCY FAESER
UND
DEIN THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL

BEITRAGSFREIE KITAS FÜR HESSEN

UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE ZUR ABSCHAFFUNG DER KITA-GEBÜHREN IN HESSEN-

Die Kampagne zur Abschaffung der Kita-Gebühren in Hessen war kaum wenige Stunden alt, da waren schon über tausend Unterschriften beim SPD Landesverband Hessen eingegangen. „CDU und Grüne haben eindrucksvoll deutlich gemacht, dass sie die hessischen Eltern nicht von den vor Ort oft hohen Kita-Kosten entlasten wollen, obwohl Ministerpräsident Bouffier es vor der Wahl versprochen hat. Die SPD hat dazu im Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir wollen der schwarz-grünen Landesregierung zeigen, dass sich Hessens Eltern eine finanzielle Entlastung bei der frühkindlichen Betreuung ihrer Kinder wünschen. Deshalb bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger, uns mit ihrer Un-

terschrift zu unterstützen und den ersten Schritt zur Abschaffung der Gebühren zu gehen“, hatten Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser Kampagne und Plakat für gebührenfreie Kitas in Hessen vorgestellt. Ohnehin Kernthema der Hessen-SPD, solle Bildung nun endlich langfristig gebührenfrei gestaltet werden – und zwar von Anfang an. „Gebühren sind Bildungsbarrieren. Das wollen wir ändern, und dazu gehören kostenfreie Bildungsangebote von der Krippe bis zur Universität“, erklärte der Landesvorsitzende. Dass dieses Anliegen bei den hessischen Bürgerinnen und Bürgern auf Resonanz stößt, zeigt die immer weiter steigende Zahl der eingehenden Unterschriften.

Fortsetzung Seite 2



„Gute Bildung und Betreuung dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“, fordert die HessenSPD.

JETZT KITA-KAMPAGNE UNTERSTÜTZEN

Jede und jeder kann ganz leicht die Kampagne „Kostenfreie Kitas für Hessen“ unterstützen:

■ **Die Kampagne online auf spd-hessen.de/kitas unterzeichnen! Und mit Freunden, Nachbarn und der Familie darüber sprechen.**

■ **Die Kampagnenbilder auf [facebook.com/spdhessen](https://www.facebook.com/spdhessen) liken und mit den Facebook-Freunden teilen.**

■ **Weitere Infos und Unterschriftenlisten von spd-hessen.de/kitas herunterladen und ausdrucken – für Aktionen, Infostände und Hausbesuche vor Ort.**

Gemeinsam können gebührenfreie Kitas für Hessen wieder nach oben auf die politische Agenda gesetzt werden – damit Bildungsbarrieren abgebaut und Familien entlastet werden.

Fortsetzung von Seite 1

Finanzielle Mittel gibt es genug

Kitas seien nicht nur reine Betreuungseinrichtungen, sie leisten auch einen wichtigen Beitrag zum sozialen Umgang miteinander, betonten Schäfer-Gümbel und Faeser beim Kampagnenstart am 11. Februar in Wiesbaden. In einem ersten Schritt will die SPD die Beiträge für einen Halbtags-Betreuungsplatz im zweiten Kindergartenjahr abschaffen. Die komplette Abschaffung der Kita-Gebühren soll dann mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs in Hessen erfolgen. Mittel gibt es dafür genug: Durch den Ausgleich werden 520 Millionen Euro frei.

Familien entlasten

Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus – das zeigen die für einen Kita-Platz von Kommune zu Kommune extrem unterschiedlichen Kosten. Zwischen 150 und 800 Euro kommen auf Eltern zu, und nur wenigen Kommunen war es bislang gelungen, die Plätze gebührenfrei anzubieten.



Die zentrale Forderung der Kampagne: Schritt für Schritt gebührenfreie Kitas für Hessen.

„Kita-Gebühren reißen tiefe Löcher in den Geldbeutel junger Familien. Die kommunalfeindlichen Kürzungen der CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre haben etliche Kommunen gezwungen, bestehende Gebühren immer weiter anzuheben“, betonte der Landesvorsitzende. Jetzt setze die SPD ein deutliches Signal: für junge Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und

eine Politik für jene, die hart arbeiten und dabei keinen Reichtum nach Hause bringen. Mit ihrer Unterschrift haben Bürgerinnen und Bürger nun die Möglichkeit, einen Beitrag für gebührenfreie Kitas in Hessen zu leisten. Die Unterschriften werden beim SPD Landesverband Hessen gesammelt und zu einem geeigneten Zeitpunkt präsentiert und übergeben. ■

POLITIK WILL VERMARKTET WERDEN

MENTORINNEN UND MENTEEES ZU BESUCH IM HESSISCHEN LANDTAG

Einen gemeinsamen Besuch des Hessischen Landtags hatten sich die Mentorinnen und Mentees schon bei ihrem letzten Treffen vorgenommen. Gesagt, getan – auf Einladung von Lisa Gnadl besuchten die Teilnehmerinnen des Mentoringprogramms des SPD Landesverbandes im Dezember das Landtagsgebäude in Wiesbaden.

Nach einer Einführung in die Architektur des Landtags ging es dann auch schon weiter zum eigentlichen Höhepunkt: den Politikern, aber noch viel eher den Politikerinnen bei der Arbeit zuschauen. Begrüßt wurde die Gruppe vom Fraktionsvorsitzenden und Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel und der Generalsekretärin Nancy Faeser. Im anschließenden Gespräch mit den Abgeordneten Lisa Gnadl, Heike Ha-

bermann, Karin Hartmann und Dr. Daniela Sommer waren sich Mentees und Mentorinnen einig: „Politik muss vermarktet werden.“ Wichtig sei, authentisch zu bleiben, meinten die weiblichen MdLs.

Gute Arbeit, Kompetenz in der Sache und Vernetzung seien wichtige Kriterien, um im politischen Geschäft Erfolg zu haben. Als Einzelkämpferin sei es schwierig, in der Politik voranzukommen, die Vernetzung sei gerade auch für Frauen sehr wichtig. So sahen es auch die Teilnehmerinnen des Frauen-Mentoringprogramms des SPD Landesverbandes: „Frauen müssen Frauen mitziehen“, lautete deshalb ihr Wunsch. Im Rahmen des Mentoringprogramms soll als Nächstes eine Berlin-Fahrt geplant sowie ein Seminar zur Kommunikation angeboten werden. ■



Mentees und Mentorinnen im Landtag: Vernetzung von und mit Frauen vor Ort ist wichtig, um in der Politik voranzukommen.

JEDE UNTERSTÜTZUNG ZÄHLT

Mit der Unterschriftenkampagne „Gebührenfreie Kitas für Hessen“ hat die HessenSPD eines ihrer Kernthemen wieder in den Mittelpunkt gerückt: gute Bildung und Betreuung von Anfang an. Ziel ist es, junge Familien zu entlasten und Bildungsbarrieren abzubauen, denn Bildung und Betreuung dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Um dieses Ziel zu erreichen, zählen jede Unterschrift, jedes Engagement und auch jede finanzielle Unterstützung. Jeder Beitrag ist dabei wertvoll und erwünscht.

SPD Landesverband Hessen
IBAN: DE83 5105 0015 0111 1661 10
BIC: NASSDE55XXX

Verwendungszweck:
Spende – Mitgliedsnummer

NICHT RAUSHALTEN

KOMMUNAL- SOWIE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK IM MITTELPUNKT DES HESSENGIPFELS 2016

Mit einer großen Themenvielfalt hatte der traditionelle Hessengipfel des SPD Landesverbandes und der Landtagsfraktion in diesem Jahr aufgewartet. Von Gebührenfreiheit hessischer Kindertagesstätten bis hin zur Flüchtlingslage in und um Europa und der Außen- und Sicherheitspolitik reichte die thematische Spannweite der Jahresauftaktklausur am 15. und 16. Januar in Friedewald. „Themen wie der aktuellen Flüchtlingssituationen, die gesetzt sind, müssen wir in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt unsere eigenen Themen Monaten einbringen,“ hatte Generalsekretärin Nancy Faeser den politischen Jahresauftakt eröffnet. Dazu gehöre allen voran das Thema gebührenfreie Kitas für Hessen.

Mit Ehrengast Außenminister Frank-Walter Steinmeier rückte zumindest am ersten Abend jedoch ein anderes Thema in den Mittelpunkt. „Ohne Außen- und Si-

cherheitspolitik ist heute auch vor Ort in den Kommunen nichts lösbar“, freute sich Thorsten Schäfer-Gümbel über die Anwesenheit Steinmeiers in Friedewald. „Ich bin heilfroh, dass wir in diesen unfriedlichen Zeiten Verantwortung übernommen haben und dass wir die Chance haben, das friedenspolitische Erbe unserer Partei fortzuschreiben“, betonte der Außenminister in seiner Rede. „Gerade in einer solchen Welt, in der Schwarzweiß-Antworten nicht greifen, darf man sich weder wegducken noch raushalten und auch nicht den Parolen geistiger Brandstifter wie der AfD folgen.“ Das koste Mut, doch könne die Sozialdemokratie selbstbewusst sagen, dass sie dieser Aufgabe gewachsen sei.

Weiterer Gast war die frisch gewählte Generalsekretärin Katarina Barley. „Wir müssen Lösungen anbieten, aber wir dürfen nicht den Anschein erwecken, dass wir Lösungen haben, die eine komplette



Nancy Faeser, Frank-Walter Steinmeier und Thorsten Schäfer-Gümbel auf dem Hessengipfel 2016 in Friedewald

SOZIALDEMOKRATEN IN DER POLIZEI (SiP) HESSEN WÄHLEN NEUEN VORSTAND

„DIE CDU-LANDESREGIERUNG IN HESSEN IST EIN SICHERHEITSRISIKO“

Die Sozialdemokraten in der Polizei Hessen haben im Rahmen ihrer Jahresversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Neue Sprecherin und Sprecher sind Michael David aus Wiesbaden (im Bild links) und Antje van der Heide aus Frankfurt. Neuer Koordinator für Nordhessen ist Sascha Gröling aus Kassel.

Hauptthema der SiP-Versammlung war die belastende Situation der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten. Denn die ist seit Jahren dramatisch: Hessische Polizeibeamtinnen und -beamte haben in den vergangenen Jahren 3,5 Millionen Überstunden angesammelt. Diese Überstunden sind nicht erst durch die Flüchtlingssituation entstanden. Gleichzeitig haben die CDU-geführten Landesregierungen von 2001 bis 2009 720 Vollzugsstellen und 600 Tarifstellen im Bereich der Polizeibehörden abgebaut. In dieser Legislaturperiode will die schwarz-grüne Landesregierung weitere

147,5 Stellen im Tarifbereich abbauen. Diese dauerhaft massive Überlastung führt dazu, dass zusätzliche Fehlzeiten wegen Krankheit, Reha-Maßnahmen und Wiedereingliederungen von derzeit im Durchschnitt 28 Tagen pro hessischen Polizeibedienstetem im Jahr entstehen. Tenor der Sitzung: „Die CDU-Landesregierung in Hessen ist ein Sicherheitsrisiko.“ Wenn die Landesregierung der Meinung ist, mit der Auszahlung von Überstunden das Problem in den Griff zu bekommen, dann täuscht sie sich. Zum einen werden sich die Kolleginnen und Kollegen nicht von Stundensätzen blenden lassen, die knapp über dem Mindestlohn liegen. Zum anderen vernachlässigt die Regierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber den hochbelasteten Polizeibeamtinnen und -beamten, wenn sie ihnen durch finanzielle Lockangebote den zustehenden und dringend benötigten Freizeitausgleich auf diese Weise abspenstig machen möchte.



Die Holger-Börner-Medaille ist die höchste Auszeichnung der hessischen SPD – sie wird alle zwei Jahre verliehen.

Wiederherstellung alter Zustände versprechen“, machte Barley deutlich. Zunehmend skeptischer gegenüber Versprechen aller Art seien die Menschen geworden, betonte auch Schäfer-Gümbel. „Wir müssen klar sagen, dass Antworten auf die aktuellen Herausforderungen niemals einfach sind“, rief der Landesvorsitzende in seiner Rede. Rund 140 geladenen Gäste, darunter u. a. Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister sowie Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete, waren nach Nordhessen gekommen. Einigkeit herrschte darüber, wie die hessische SPD sich positionieren müsse: klar und deutlich, die Kommunen unterstützend. Neben der aktuellen Flüchtlingssituation thematisierte der Landesvorsitzende die Situation der hessischen Polizei.

Mit der Verleihung der Holger-Börner-Medaille an Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Hans Eichel und Karl Eyerkaufendete der diesjährige Hessengipfel. „Zur Geschichte der Partei gehören Menschen, die mit ihrer Kraft, ihrem Mut, ihren Ideen, Haltungen und Überzeugungen diese Partei vorangebracht haben. Die Preisträgerinnen und Preisträger haben sich in besonderer Weise um die hessische Sozialdemokratie verdient gemacht“, würdigte Schäfer-Gümbel. ■



Stab-Übergabe: Michael David (l.) und Lothar Balder (r.)

Auf Initiative der SPD-Fraktion im Landtag konnten eine Million Euro für besonders effektive Schutzwesten zusätzlich finanziert und 100 Polizeianwärterstellen mehr geschaffen werden, als von Schwarz-Grün ursprünglich geplant.

In Bezug auf die Silvesterübergriffe in Köln und anderswo stellten die neuen SiP-Sprecher klar, dass genaue Analysen des Täterkreises erfolgen müssen und Pauschalurteile nicht weiterhelfen.

Verabschiedet wurden die langjährigen SiP-Sprecher Lothar Balder (im Bild rechts) und Dr. Dr. Dr. Wolfgang Pausch. Ihnen dankte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, im Namen der ganzen SPD in Hessen. ■

TERMINE

Viele SPD-Politikerinnen und Politiker sind in den letzten sieben Tagen vor der Kommunalwahl in Hessen unterwegs:

27.02.2016

Ralf Stegner in Heusenstamm, Hungen und Usingen

27.02.2016

Christian Ude in Wiesbaden

02.03.2016

Michael Roth in Frankfurt und Wiesbaden

02.03.2016

Nils Ahnen in Werra Meissner

02.03.2016

Barbara Hendricks in Langgöns

03.03.2016

Sigmar Gabriel in Darmstadt

04.03.2016

Michael Roth in Bensheim, Offenbach und Steinbach

04.03.2016

Andrea Nahles in Wetzlar

**WIR
GRATULIEREN**

Thomas Will,
wiedergewählter
Landrat von Groß-
Gerau

WAHLEN

In vielen hessischen
Städten und Gemein-
den stehen am 6. März
nicht nur Kommunal-,
sondern auch Bürger-
meisterwahlen an. SPD-
Kandidatinnen und
-Kandidaten stellen
sich u. a. zur Wahl in:

Brombachtal

Driedorf

Frielendorf

Großkrotzenburg

Hammersbach

**Hattersheim
am Main**

**Hessisch
Lichtenau**

Homburg (Ohm)

Karben

Kaufungen

Kirchhain

Kirchheim

Lohfelden

Malsfeld

Morschen

Romrod

Schlüchtern

Söhrewald

Solms

Steffenberg

Usingen

RICHTIG WÄHLEN – DAS KOMMUNALWAHLRECHT ERKLÄRT

Richtig wählen – leichter gesagt als
getan bei übergroßen Wahlzetteln
und schier endlosen Wahlmöglich-
keiten. Um Licht ins Dunkel zu bringen,
hier die Wahlmöglichkeiten in aller Kürze:

**1. AUF NUMMER SICHER GEHEN:
ERST MAL SPD-LISTE ANKREUZEN!**

Wer bei der Kommunalwahl auf Num-
mer sicher gehen will, der kreuzt einfach
die SPD-Liste an. Ihr kommen dann alle
Stimmen zugute, die nicht an einzelne Per-
sonen vergeben werden. Sie werden von
oben nach unten auf der Liste verteilt. Der
Stimmzettel kann so abgegeben werden.
Der Clou: Auch wenn eine Liste angekreuzt
wurde, kann danach noch kumuliert und
panaschiert werden. Mit dem Listenkreuz
wird dafür gesorgt, dass die übrig geblie-
benen Stimmen nicht verfallen, sondern
der SPD gutgeschrieben werden.

2. KUMULIEREN

Einzelnen Kandidatinnen und Kandida-
ten können bis zu drei Stimmen geben,
damit diese weiter nach vorne rücken und
eher ins Kommunalparlament einziehen.
Insgesamt können zusätzlich zum Listen-
kreuz so viele Personen auf dem Wahl-
zettel angekreuzt werden, wie Sitze im
jeweiligen Kommunalparlament zu ver-

geben sind. Die Anzahl ist natürlich auf
dem Wahlzettel vermerkt. Wenn weniger
Kreuzchen gemacht werden, werden die
restlichen Stimmen der Partei zugerech-
net, die angekreuzt wurde. Sie werden dort
von oben nach unten auf die Kandidaten
der Parteienliste verteilt.

3. PANASCHIEREN

Beim Panaschieren kann man seine
Stimmen auf mehrere Listen verteilen.
Dabei darf die Höchstzahl der zu verge-
benden Stimmen auf keinen Fall über-
schritten werden, sonst ist der gesamte
Stimmzettel ungültig. Nicht vergessen:
Jede Stimme für einen Kandidaten zählt
auch für dessen Liste/Partei. Sie verhilft
der jeweiligen Partei unter Umständen
auch dann zu mehr Sitzen im Parlament,
wenn die angekreuzte Person selbst nicht
ins Parlament einzieht.

4. STREICHEN

Hat man zuvor eine Liste angekreuzt, so
kann man auch durch Streichen Einfluss
nehmen. Soll eine Kandidatin oder ein
Kandidat nicht von der Umrechnung der
Listenstimme auf die einzelnen Personen
profitieren, so kann man den Namen ein-
fach durchstreichen. Dadurch wird eine

Einzelstimme „frei“, die an eine andere
Person vergeben werden kann – sofern
man seine Maximalstimmenanzahl nicht
bereits vorher durch Personenstimmen
verbraucht hat.

5. MISCHVARIANTEN

Die verschiedenen Möglichkeiten kön-
nen kombiniert werden. Das heißt, es kann
auf einem Zettel ein Listenkreuz vergeben
werden; danach ist es immer noch möglich,
bis zur maximalen Stimmenanzahl Perso-
nen anzukreuzen oder Personen auf der
angekreuzten Liste zu streichen.

Und noch das Wichtigste für Eilige: Erst
mal die SPD-Liste ankreuzen. Ansonsten
muss noch auf zwei Dinge geachtet wer-
den, damit nicht der gesamte Wahlzettel
ungültig wird: Oben darf nur eine Partei
angekreuzt werden, nicht mehrere. Und
es dürfen insgesamt nicht mehr Personen-
stimmen vergeben werden, als auf dem
Wahlzettel vermerkt ist. Jedes Kreuzchen
bei einer Person zählt dabei als eine Stim-
me. Erhält eine Person drei Kreuzchen, zäh-
len diese als drei verbrauchte Stimmen!

Wer sich genug Zeit lassen möchte,
kann noch immer Briefwahl beantragen
und bequem und einfach den Wahlzettel
ausfüllen. Infos unter spd-hessen.de/briefwahl.
Wir wünschen gutes Gelingen.

30 JAHRE FÜR HAMMERSBACH

Auf 30 Jahre Fraktionsvorsitz kann
Wilhelm Dietzel zurückblicken
– fast sein halbes Leben lang ist
der Hammersbacher schon im Amt. Seine
Markenzeichen: Verlässlichkeit, Ausgegli-
chenheit und große Hilfsbereitschaft. Seit
1989 hat die SPD im Gemeindeparlament
Hammersbach die absolute Mehrheit – da-
mals waren im Parlament vier Fraktionen.
Vor fünf Jahren gelang es der SPD, vor Ort
ein Spitzenergebnis von 65,1 % einzuholen.
„Heute sind nur noch zwei Fraktionen, die
SPD und CDU, im Parlament vertreten, und
das ist nicht zuletzt der Arbeit von Wilhelm
Dietzel zu verdanken“, würdigte Nancy Fa-
eser bei dessen Ehrung. Zum sechsten Mal
ist Dietzel auch bei dieser Kommunalwahl
Spitzenkandidat. ■



V. l. n. R. Wilfried Bender, Helga Meinin-
ger, Christoph Degen MdL, Wilhelm Dietzel,
Nancy Faeser MdL und Michael Göllner.

FOTO: ARMIN DECKENBACH

BÜRGER BETEILIGEN

Warum nicht Bürgerinnen und
Bürger teilhaben lassen an
Sanierungsmaßnahmen?
Beispiel Kurbad in Königstein: In die Jah-
re gekommen, muss es dringend saniert
werden, sonst droht die Schließung des
allseits beliebten Bades. Die SPD König-
stein startete als Initiator ein Bürgerbe-
gehren für den Erhalt und die Sanierung.
Dabei ging es um die konkrete Umset-
zung: Deckelung der Sanierungskosten,
Zuschuss vom Land, Verkauf von Grund-
stücken, aber eben auch Beteiligung der
Bürger an der Sanierung über eine Bür-
gerfinanzierung.

Die Mitglieder der SPD wollten nicht
nur Unterschriften sammeln, sondern
auch ein Finanzierungskonzept mitlie-
fern. Über 4.000 Unterschriften sind
zusammengekommen, das Bürgerbe-
gehren bei der Stadt eingereicht, die Fi-
nanzexperten für die Bürgerfinanzierung
gefunden und die Maßnahme auch mit
den Wirtschaftsprüfern besprochen. Eine
Beteiligung ist schon ab 50 Euro möglich.
Hoffentlich kann es bald losgehen. ■

HERZLICH ANKOMMEN

Herzlich Ankommen!" heißt das
Projekt der AWO Frankfurt – gut
angekommen ist es auch bei dem
Kuratorium des Wilhelm-Dröscher-Preises
2015 auf dem Bundesparteitag in Berlin.
Den dritten, mit 1.000 Euro dotierten Platz
konnte das Projekt aus Hessen belegen. Das
Projekt „Herzlich Ankommen“ hat das Ziel,
den Flüchtlingen mithilfe von Flüchtlingen
zu der hauptamtlichen Leistung durch be-
gleitete und geführte Freiwilligenarbeit
ein Mehr an Zuwendung und Hilfestellung
zu schenken, damit sie schnell in die Lage
versetzt werden, sich in der neuen Heimat
zurechtzufinden. Wir finden, das ist ein ver-
diente sehr gute Platzierung, und gratulie-
ren ganz herzlich. ■



Hessisches Projekt mit verdienter Platzie-
rung beim Wilhelm-Dröscher-Preis 2015
in Berlin

FOTO: LANDESVERBAND

FAMILIEN STUFENWEISE ENTLASTEN

SPD FORDERT KOSTENFREIE KITAS

Die SPD fordert die stufenweise Abschaffung der Kita-Gebühren in Hessen ab 2017. In einem ersten Schritt sollen Eltern beim zweiten Kindergartenjahr in dem Umfang entlastet werden, in dem das letzte Kindergartenjahr bereits beitragsfrei ist. Mittelfristig sollen alle Elterngebühren für Kitas und Krippen entfallen.

Thorsten Schäfer-Gümbel sagte zu einem entsprechenden Gesetzentwurf der SPD: „Chancengleichheit in der Bildung ist eines unserer wesentlichen politischen Ziele. Die Bildung von Kindern darf in Zukunft nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb fordern wir, Bildung gebührenfrei zu machen. Das gilt bereits für Schule und Studium und soll sich in Zukunft auch auf die hessischen Kitas erstrecken. Denn Gebühren bilden Bildungsbarrieren, die die Chancengleichheit für Kinder gefährden. Für die Gebührenfreiheit wollen wir die bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs in Hessen frei werdenden Mittel in Höhe von 520 Millionen Euro verwenden.“

Die Abschaffung der Kita-Gebühren soll Familien entlasten, die in Hessen ohnehin sehr unterschiedliche Beiträge zahlen müssten. „In vergleichbaren Lebensverhältnissen variieren die Kosten eines Kita-Platzes je nach Kommune zwischen 150 und 800 Euro. Einige wenige Kommunen

bieten jetzt schon gebührenfreie Kitas an. Gerechzt ist das nicht. Deshalb wollen wir mit diesem ersten Schritt ein klares Signal für Familien setzen“, sagte Schäfer-Gümbel. „Wir wollen ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und Politik für diejenigen machen, die hart arbeiten und dabei keinen Reichtum nach Hause bringen. Deshalb stehen wir für die Abschaffung der Kita-Gebühren.“

Die schwarz-grüne Koalition hat die Entlastung von Familien durch gebüh-

renfreie Kitas rundweg abgelehnt. Dabei hatte CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier im Jahr 2013 hoch und heilig versprochen, zusätzliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich dafür zu verwenden. Die Landtagswahl hatte er wörtlich zur „Abstimmung über kostenfreie Kita-Plätze“ erklärt. Nach der Wahl will die CDU davon nichts mehr wissen. Auch die Grünen erklärten ihre kategorische Ablehnung. Die FDP hingegen unterstützte das Anliegen der SPD. ■



KEIN PLATZ FÜR MENSCHENVERACHTENDE IDEOLOGIE!

In seiner Rede im Hessischen Landtag warnte Thorsten Schäfer-Gümbel vor einem Erstarken der Nazi-Ideologie. Auch heute noch ist der Schoß fruchtbar, aus dem der menschenverachtende Ungeist der Nazi-Ideologie kroch. Auch heute gilt der Anspruch: Kein Fußbreit den Faschisten. „Deshalb danken wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die am vergangenen Samstag klargemacht

haben, dass diese Neonazis weder eine schweigende Mehrheit noch eine qualifizierte Minderheit hinter sich haben.“ Er wolle die AfD nicht mit Neonazis in einen Topf werfen, aber sie seien Rechtsradikale in Nadelstreifen, die ebenfalls die Demokratie gefährdeten. Die Umfragewerte dieser Partei seien ein Alarmsignal, gerade weil sie sich immer offener rechtsradikal gebe. „Wenn Mitglieder

der AfD-Partei über Schüsse auf Flüchtlinge fabulieren, ist nicht nur eine Geschmacksgrenze überschritten. Dann stellen sie den überragenden Verfassungsgrundsatz der Menschenwürde und der Verhältnismäßigkeit infrage. Es ist eine perverse Vorstellung, Flüchtlinge, die vor Krieg, Hunger und Elend fliehen, als Angreifer auf unseren Staat darzustellen, auf die man schießen dürfe. Die AfD zeigt damit das Gesicht der Unmenschlichkeit“, so der Fraktionsvorsitzende.

Den Demokraten müsse es wichtig sein, das Wählerpotenzial der AfD aus der Sackgasse zurückzuholen. Schäfer-Gümbel warnte davor, ihnen nachzulaufen. Man müsse die angeblichen Argumente der AfD widerlegen und ihre gekünstelte Selbstinszenierung als Opfer einer gesteuerten Medienwelt und eines übermächtigen, von dunklen Kräften beherrschten Systems brechen. Auch bei den Rechtsradikalen in Nadelstreifen gelte: klare Haltung. Auch ihnen dürfe kein Fußbreit Platz für menschenverachtende Ideologie gemacht werden. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel während der Debatte im Hessischen Landtag



HESSISCHER LANDTAG

Uwe Frankenberger, MdL

BAHNGIPFEL OHNE ERGEBNISSE

Fehlannonce in Hinblick auf konkrete Ergebnisse sieht der SPD-Abgeordnete Uwe Frankenberger nach dem sogenannten Bahngipfel von Ministerpräsident Bouffier, Verkehrsminister Al-Wazir und Bahn-Chef Grube. Viele geplagte Pendlerinnen und Pendler habe sehr verwundert, dass die Landesregierung beim Bahngipfel die Verspätungen der S-Bahn nicht thematisiert habe. Auch die wichtige Schienenanbindung an das Terminal 3 sei nicht angesprochen worden. Schließlich sei bemerkenswert, dass entgegen der Praxis früherer Bahngipfel in Hessen die Verkehrsverbünde RMV, NVV und VRN bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Gipfels nicht beteiligt waren. „Die Menschen im Land, die sich gerade von einer grünen Regierungsbeteiligung eine Wende beim ÖPNV erhofft haben, sind enttäuscht worden. Auch 2016 sind im Haushalt keine eigenen Landesmittel für den ÖPNV in Hessen vorgesehen.“ ■



Ulrike Alex, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

HOHER AUFWAND, GERINGER NUTZEN

Die SPD-Abgeordnete Ulrike Alex sieht sich durch die Beantwortung einer Großen Anfrage durch die Landesregierung bestätigt, dass bei der Stiftung „Miteinander Leben“ des Landes einer geringen Förderung ein zu hoher Aufwand gegenüberstehe. „Zwar schmücken sich Landesregierung und Stiftung mit medienwirksamen Projekten, jedoch ist das Verhältnis von Förderung und Kosten absurd“, so Alex. Durch die Stiftung „Miteinander Leben“ seien im Jahr 2014 circa 160.000 Euro an Förderungen ausgeschüttet worden, während für Vermögens- und Stiftungsverwaltung sowie Stiftungssitz Kosten in Höhe von rund 450.000 Euro anfielen. „Dazu ist die Darstellung der Stiftungsfinanzen intransparent. So sind die Verwaltungskosten erst seit 2014 überhaupt ausgewiesen. Mit den vier Millionen Euro, mit denen das Land die Stiftung jährlich ausgestattet hat, hätte bei Förderung aus dem Landeshaushalt weit mehr erreicht werden können“, bekräftigte die Abgeordnete. ■

FLÜCHTLINGEN IM NORDIRAK HELFEN

Eine zweitägige Reise führte den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel vor Kurzem in die autonome Region Kurdistan im Nordirak. Er machte sich dort selbst ein Bild von der Lage der Flüchtlinge und sprach mit politischen und geistlichen Führern. „Die Besuche in den Flüchtlingslagern Arbat und Qushtapa, Gespräche mit Helfern

und syrischen Flüchtlingsfamilien, aber auch mit dem Erzbischof von Erbil und Vertretern politischer Parteien zeichnen das Bild einer Region in schwierigster politischer, sicherheitspolitischer wie auch wirtschaftlicher Lage. Mit Blick auf die Flüchtlingskrise bestärken mich die Eindrücke über die Wichtigkeit von Solidarität und Unterstützung für die Menschen in

Not“, so Schäfer-Gümbel. Der SPD-Politiker besuchte auch das Bundeswehrlager in Erbil. „Deutschlands Hilfe im Kampf gegen den IS und zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ist sehr wichtig und erfährt hohe Wertschätzung. Deutschland und die internationale Gemeinschaft dürfen in ihrer Unterstützung für die Region nicht nachlassen“, so Schäfer-Gümbel. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel im Flüchtlingslager Arbat

FOTO: FRANZ X. DANNER

STELLENABBAU GEFÄHRDET INNERE SICHERHEIT

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Nancy Faeser hat in ihrer Erwidern auf die Regierungserklärung von Innenminister Beuth darauf hingewiesen, dass innere Sicherheit nur mit einer ausreichend ausgestatteten Polizei und Justiz gewährleistet werden könne. „Alle Menschen haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden. Wir brauchen hierfür einen handlungsfähigen Rechtsstaat, der Alltagsstraftaten ebenso verfolgt wie organisierte Kriminalität. Um Straftaten schon im Ansatz zu verhindern und aufzuklären, ist eine gut ausgestattete und handlungsfähige Polizei und Justiz unabdingbar. In Hessen jedoch haben Polizei und Justiz mit Stellenabbau und sehr schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen“, sagte Faeser im Plenum des Hessischen Landtags.

„Die hessische Polizei war schon vor der Flüchtlingssituation und der erhöhten Be-

drohungslage durch islamistischen Terror aufgrund des wachsenden Aufgabenbereichs, der beispielsweise die Bekämpfung der Cyberkriminalität und Einsätze bei



Nancy Faeser in der Plenardebatte

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Großereignissen umfasst, hoch belastet.“ Die Landesregierung kompensiere diesen Aufwandszuwachs jedoch nicht mit ausreichenden Stellen. Im Gegenteil: In den Jahren bis 2009 seien 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut worden. In dieser Wahlperiode würden weitere 147,5 Stellen gestrichen. Eine Statistik zur Polizeidichte in Deutschland belege, dass Hessen einen der letzten Plätze einnehme. Die schlechte Personalsituation spiegele sich auch in den 3,5 Millionen Überstunden wider.

Weiter kritisierte Faeser: „Die Nullrunde, ein Krankenstand von 28 Tagen und die hohe Wochenarbeitszeit von 42 Stunden verstärken den Unmut bei der Polizei. Wir sind froh, dass diese schlechten Rahmenbedingungen nicht die Einsatzbereitschaft der Polizei schmälern. Dies sieht man an der hohen Aufklärungsquote von 59,9 Prozent, die sich jedoch sicherlich nicht die Landesregierung auf ihre Fahnen schreiben kann.“ ■

WEICHEN STELLEN FÜR INTEGRATION

KOMMUNALPOLITISCHES GESPRÄCH DER SPD-LANDTAGSFRAKTION IN BUTZBACH

Auch wenn die Unterbringung von Flüchtlingen zurzeit die vordringliche Aufgabe ist, müssen jetzt schon die Weichen gestellt werden, um diejenigen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen, gesellschaftlich zu integrieren. Darüber bestand Einigkeit bei einem kommunalpolitischen Gespräch der SPD-Landtagsfraktion, zu dem der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel nach Butzbach eingeladen hatte. Rund 70 sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, Beigeordnete und Landtagsabgeordnete trafen sich dort zum Erfahrungsaustausch. Thorsten Schäfer-Gümbel hob hervor, welchen Anteil die Kommunen an der Bewältigung der Flüchtlingslage hätten und dass der öffentliche Dienst seine Leistungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt habe. Die Landtagsfraktion sei in enger Abstimmung mit der kommunalen Ebene sehr verantwortungsvoll mit dem Thema umgegangen und habe der Landesregierung eine weitgehende Zusammenarbeit in dieser Frage angeboten. „Wir stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Auf

Initiative der SPD wurde zusätzliches Geld für Wohnungsbau, Bildung und innere Sicherheit im Haushalt 2016 eingestellt, damit gesellschaftlicher Zusammenhalt auch jenseits der aktuellen Flüchtlingspolitik gestaltet werden kann.“ Viele Teilnehmer schilderten die Situation vor Ort und benannten notwendige Maßnahmen. So forderte der Flörsheimer Bürgermeister Michael Antenbrink möglichst Sprachkurse für alle in den Gemeinschaftsunterkünften lebende Flüchtlinge und deren Finanzierung durch das Land. Der Hanauer

Stadtrat Axel Weiß-Thiel unterstrich die Forderung, zügig über die erste Unterbringung hinaus zu planen und die notwendigen Kapazitäten bei Kita-Plätzen, Schulen, Arbeit und Wohnraum in Angriff zu nehmen. Thorsten Schäfer-Gümbel sagte, das Thema Integration werde eine langfristige Aufgabe, für die im Grunde ein neuer „Hessenplan“ erforderlich sei. Er kündigte an, die Anregungen aus der kommunalen Familie in den nächsten Besprechungen mit der Landesregierung weiterzugeben. ■



Rüdiger Holschuh, MdL (links) und Thorsten Schäfer-Gümbel (rechts) im Gespräch mit den Kommunalpolitikerinnen und -politikern

AKTENFÜHRUNG MANGELHAFT

Die SPD-Abgeordnete Angelika Löber hat die Aktenführung der Landesregierung kritisiert. „Für die Dienststellen des Landes Hessen ist die Aktenführung per Erlass geregelt, der Mindeststandards für die Aktenführung vorgibt. Jedoch räumt die Landesregierung selbst Schwierigkeiten und Probleme mit der Aktenführung in der Landesverwaltung ein“, so Löber. Ohne geordnete Aktenführung sei Gerichten, Aufsichtsbehörden, Rechnungshöfen und Parlamenten eine maßgebliche Prüfungsgrundlage entzogen. Jedoch entspreche die Aktenführung in den Landesbehörden leider nicht immer den Vorschriften. Mitunter fehlten wesentliche Dokumente, sodass Prüfungen oft nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden könnten. „Die SPD verlangt vollständige Umsetzung des Aktenführungserlasses. Der bestehende Zustand kann nicht beibehalten werden“, sagte Löber. ■



Angelika Löber, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

SPD FORDERT MILIEUSCHUTZ

Die SPD will in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und damit in Orten, in denen die Mieten überdurchschnittlich hoch sind, die Umwandlung von Wohnraum in Eigentum erschweren. Dies ist mit einer sogenannten Milieuschutzsatzung möglich. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Siebel hat die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Verordnung zu erlassen. „Neben der Mietpreisbremse kann eine Milieuschutzsatzung dämpfend auf die Entwicklung der Mieten wirken. Entsprechende gute Erfahrungen gibt es bereits in Berlin und Hamburg. Nach unserer Forderung sollen in Hessen die Kommunen darüber entscheiden, ob Milieuschutzgebiete eingerichtet werden. Zumindest in Frankfurt, vermutlich aber auch in den anderen südhessischen Mittelstädten besteht dafür ein Bedarf. Die Struktur von Wohnrevieren kann dadurch erhalten und der Gentrifizierung entgegengewirkt werden“, sagte Siebel. ■



Michael Siebel, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

DOPPELSPIEL DER CDU BEI WINDKRAFT

Der SPD-Abgeordnete aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, Marius Weiß, hat der CDU Verlogenheit beim Thema Windkraft vorgeworfen. Anlass dafür war eine Debatte im Hessischen Landtag zu einem FDP-Antrag. „Bereits im Dezember hatten die CDU-Abgeordneten aus dem Rheingau-Taunus-Kreis, Petra Müller-Klepper und Peter Beuth, einen Gesetzentwurf im Hessischen Landtag abgelehnt, der die deutliche Erhöhung des Abstandes von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung beinhaltet hat, obwohl sie es noch vor kurzer Zeit in einer CDU-Initiative im Rheingau-Taunus-Kreis selbst forderten. Vor Ort rühren sie kräftig die Werbetrommel, um Windkraft zu verhindern, und im Landtag votieren sie gegen größere Hürden zur Realisierung der Windkraft. Zudem äußern sich die beiden CDU-Abgeordneten im Landtag zu den strittigen Themen ihres Wahlkreises nicht“, sagte Weiß. ■



Marius Weiß, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION



Norbert Schmitt, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

KOMMUNEN WERDEN AUSGEHUNGERT

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Schmitt hat der Landesregierung vorgeworfen, in kaum zu überbietender Weise ihre Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen zu vernachlässigen. „In der Geschichte Hessens ist keine Landesregierung so unfair mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen umgegangen wie in den vergangenen Jahren“, sagte Schmitt. Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen im Ländervergleich die drittniedrigsten Defizite. „Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen begann das Elend für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Explosionsartig stiegen die Defizite, vom drittbesten Platz fiel Hessen auf den drittschlechtesten Platz zurück.“ Die angebliche Partnerschaft des Landes mit den Kommunen sei geprägt vom Ausnutzen des schwächeren Partners. „Er wird finanziell ausgehungert, seine Konten werden geplündert, und er wird in die Verschuldung getrieben, um ihm gleichzeitig zügellose Verschwendung vorzuwerfen.“ ■

MEHR FRAUEN IN DIE POLITIK

Einen prominenten Gast konnte die SPD-Landtagsfraktion auf ihrer sehr gut besuchten Veranstaltung zum Internationalen Frauentag begrüßen. Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Hannelore Kraft, nahm sich an diesem Abend Zeit und warb in ihrer Rede dafür, mehr Frauen für Politik zu begeistern. Nach Grußworten der frauenpolitischen Sprecherin Lisa Gnadl und der Generalsekretärin der Hessen-SPD, Nancy Faeser, zeigte Hannelore Kraft anhand ihrer eigenen Biografie auf, wie steinig der Weg für Frauen in der Politik sein kann. Sie wies auf die immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen hin, sprach sich vehement gegen prekäre Beschäftigungen, denen Frauen oftmals ausgesetzt seien, aus und kritisierte die Tatsache, dass durch strukturelle Probleme im Politikgeschäft Frauen in bestimmten Lebensphasen davon abgehalten werden, selbst aktive Politik zu machen. Abgerundet wurde der Abend durch die Musikerinnen Jasmin Ziemann und Franziska Schwebel. ■



Der Gast des Abends: Hannelore Kraft (Zweite von rechts)



Kerstin Geis, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

HAUPTSCHULE OHNE PERSPEKTIVE

Eine „ehrliche Diskussion um die Zukunft der Hauptschulen in Hessen“ hat die SPD-Bildungspolitikerin Kerstin Geis gefordert. „In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schülern, die eine Hauptschule oder den Hauptschulzweig einer kooperativen Gesamtschule besuchen, halbiert. Im Schuljahr 2013/2014 wählten die Eltern von nur noch gut 1.200 Schülerinnen und Schüler den Bildungsgang Hauptschule“, so Geis. In Hessen sei der Bildungserfolg nach wie vor vom Elternhaus abhängig und oft auch von dessen Geldbeutel. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund hätten schwierigere Ausgangsbedingungen und erlebten dadurch häufiger Benachteiligungen. Eine frühe und zielgerichtete Förderung erhöhe nach Meinung der Abgeordneten von Anfang an die Chancengleichheit und führe zu besseren Bildungsabschlüssen. ■

BUNDESTEILHABEGESETZ (BTHG): ES KANN LOSGEHEN

Informationen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) erhielten rund 100 Teilnehmer/-innen aus erster Hand durch einen Vortrag der Parlamentarischen Staatssekretärin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller, die alle Facetten des geplanten Entwurfs des BTHG erläuterte.

Die Informationsveranstaltung, zu der die SPD-Fraktion gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion sowie SGK eingeladen hatte, wurde zu einem Fachsymposium.

Was seit den 1990er-Jahren diskutiert wird, kann endlich umgesetzt werden. Geht es nach dem Willen des Bundesarbeitsministeriums, wird das BTHG Be-

standteil des SGB IX. Damit sollen nicht nur die deutlichen Verbesserungen und der Weg der Inklusion konsequent umgesetzt werden, auch die finanzielle Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro, wie sie im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD 2013 vereinbart wurden, soll realisiert werden.

Lösekrug-Möller machte deutlich: die Dynamik der Ausgaben in der Eingliederungshilfe kommt nicht durch einen enormen Anstieg der Ausgaben pro Fall zustande, sondern resultiert aus dem enormen Fallzahlenanstieg.

Der Entwurf des Gesetzes enthält Regelungen zur Zuständigkeitsklärung und Koordinierung bei mehreren Reha-Trägern. Das Ziel, Leistungen „wie aus einer Hand“ und die Schärfung der Teilhabepflichten sind ebenso enthalten wie Regelungen für besondere Leistungen für selbstbestimmte Lebensführung.

Die Teilnehmer waren sich einig: eine sehr gute und informative Veranstaltung, deren Besuch sich gelohnt hat. Ernst-Ewald Roth, behindertenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, fasste es so zusammen: „Wir brauchen den Mut und den Elan, diese Veränderungen umzusetzen.“ ■



V. l. n. r.: Ernst-Ewald Roth, MdB, Iris Ruhwedel, LWV Hessen, Stefan Reus, Fraktionsvorsitzender der SPD im LWV Hessen

FOTO: IRIS RUHWEDEL

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Katja Apelt

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden